

Kurzinformationen Pakistan

zusammengestellt von Jorge Scholz

Nachwahlen

Bei von Unruhen begleiteten Nachwahlen hat die Volkspartei (PPP) von Ministerpräsidentin Benazir Bhutto sechs von zwölf zu vergebende Mandate errungen und damit ihre absolute Mehrheit im Parlament weiter ausgebaut. Die Muslimliga des ehemaligen Regierungschefs Nawaz Sharif errang drei Stimmen. Sharif sprach im Zusammenhang mit den Wahlen von Betrug.

Neue Provinzregierungen

Auch aus den Provinzwahlen vom 9. Oktober ist die Bhutto-Partei PPP als Siegerin hervorgegangen. Mit dem Koalitionspartner PML (J) wird sie künftig in den beiden Schlüsselprovinzen Sindh und Punjab, wo rund 80 Prozent der Gesamtbevölkerung leben und fast die gesamte Industrie angesiedelt ist, die Landesregierungen bilden. Nur in Balutschistan und in der N.W.F.P konnte sich die PML (N), die Partei von Ex-Premier Nawaz Sharif, zusammen mit ihren politischen Verbündeten erfolgreich behaupten. Am 20. Oktober wurden folgende Politiker von den neuen Länderparlamenten als Ministerpräsidenten gewählt: Punjab: Manzoor Wattoo, PML (J); Sindh: Abdullah Shah, PPP; Balutschistan: Zulfikar Ali Magsi, PML (N); N.W.F.P.: Pir Sabir Shah, PML (N).

Rätselraten um toten Armeechef

Der im Januar diesen Jahres überraschend gestorbene Generalstabschef Asif Nawaz Janjua ist mit hoher Wahrscheinlichkeit einem Giftmord zum Opfer gefallen. In der im Oktober von amerikanischen, britischen und schweizerischen Polizeierperten exhumierten Leiche konnten jetzt Toxikologen hohe Arsenkonzentrationen nachweisen, was die offiziell festgestellte Todesursache "Herzinfarkt" als Fehldiagnose entlarvt und seit Monaten kursierende Gerüchte nachträglich bestätigt.

Nuzhat Janjua, die Witwe des Generals, behauptet, daß ihr Mann einem vom damaligen Premiermini-

ster Nawaz Sharif, dessen Bruder Shabaz Sharif und vom Ex-Geheimdienstchef Hamid Gul geplanten Mordkomplott zum Opfer fiel. Tatsächlich galt Janjua während seiner kurzen Amtszeit als Oberkommandierender der pakistanischen Armee als politisch unabhängiger Kopf, der vor allem in der Unruheprovinz Sindh und in der Afghanistanpolitik seine Vorstellungen gegen den Willen der Regierung durchsetzte. Auffallend war auch, daß Nawaz Sharif das plötzliche Ableben seines Intimfeindes damals sofort für einen Überraschungscoup zu nutzen versuchte, um den brisanten Posten an den verfassungsmäßigen Rechten des Präsidenten vorbei mit einem eigenen Vertrauensmann zu besetzen. Dieser Plan scheiterte allerdings an Staatsoberhaupt Ghulam Ishaq Khan, der seinerseits den heute amtierenden General Waheed zum Nachfolger ernannte.

Der Streit zwischen Regierungs- und Staatschef um die personelle Besetzung der Armeespitze leitete den erbitterten Machtkampf ein, den die beiden Kontrahenten in letzter Konsequenz mit dem Verlust ihrer Ämter bezahlen mußten - ironischerweise auf Druck des neuen Armeechefs.

Pakistan weist eine Million Einwanderer aus

Ein Regierungssprecher kündigte am 17. Oktober in Karachi an, daß die pakistanischen Behörden eine Million illegal eingereister Einwanderer - vor allem Arbeiter aus Bangladesh, Birma, Indien und Sri Lanka - zwingen werden, das Land zu verlassen. Rauf Alvi, der Leiter der Kampagne, räumte den Betroffenen eine Frist von 15 Tagen ein, um die Heimreise freiwillig anzutreten. Andernfalls sollen Polizeikräfte gegen die unerwünschten Gäste eingesetzt werden.

Da der pakistanische Staat den Ausgewiesenen die Flüge bezahlen muß, weiß allerdings noch niemand, wie die kostspielige Aktion bezahlt werden soll. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß Pakistan auf dem Flughafen von Karachi ein Computersystem zum Aufspüren

ungültiger oder gefälschter Ausweise in Betrieb genommen hat, das die illegale Ausreise pakistanischer Bürger in westliche Staaten verhindern soll. Innerhalb von 30 Tagen sollen auf allen internationalen Flughäfen des Landes ähnliche Anlagen installiert werden. Anlaß dieser Maßnahme: Allein in den USA stellten im vergangenen Jahr 1.000 pakistanische Staatsangehörige mit gefälschten Papieren einen Asylantrag.

Libysche und ägyptische Afghanistan-Helfer unerwünscht

Auf Anweisung der Regierung in Islamabad müssen Libyer und Ägypter, die von Pakistan aus für arabische Afghanistan-Hilfsorganisationen tätig sind, ihre Arbeit einstellen. Dies berichtete die englischsprachige Tageszeitung 'The Muslim' am 5. November. Außerdem wollen demnach die pakistanischen Behörden die arabischen Hilfsorganisationen dazu bewegen, ihre Quartiere und Aktivitäten vom pakistanischen Grenzgebiet auf afghanisches Territorium zu verlegen. Damit reagiert Pakistan auf Vorwürfe einiger arabischer Regierungen, flüchtigen islamischen Extremisten Unterschlupf zu gewähren.

Aus dem gleichen Grund hatte schon Nawaz Sharif gegen Ende seiner Amtszeit rund 200 Araber ausweisen lassen.

Moscheeblockade belastet indisch-pakistanische Beziehungen

Die wochenlange Belagerung der von bewaffneten muslimischen Separatisten besetzten Hazratbal-Moschee in der kaschmirischen Hauptstadt Srinagar durch indische Armee-Einheiten hat zu schweren Spannungen in den indisch-pakistanischen Beziehungen geführt. Das pakistanische Außenministerium reagierte am 18. Oktober mit der Ausweisung von vier indischen Diplomaten und bezeichnete den Einsatz der indischen Armee in einer offiziellen Stellungnahme als "Schändung des größten Heiligtums der Muslime in Kaschmir". Weiter hieß es, die indische Regierung

verletze die religiösen Gefühle der Bevölkerung. Die neue Premierministerin Benazir Bhutto sprach laut Agenturmeldungen sogar von einem der "schlimmsten Akte der Brutalität und Barbarei der Moderne". Es sei höchste Zeit, daß die Welt die von der indischen Regierung unterstützten Greuelthaten in Kaschmir wahrnehme.

Ihr Amtsvorgänger Nawaz Sharif rief zum selben Zeitpunkt zu einem landesweiten Proteststreik auf. Pakistanische Nachrichtenagenturen berichteten zudem von spontanen Protestmärschen im pakistanischen Teil Kaschmirs. In der sindhischen Kleinstadt Tando Allah Yar in der Nähe von Hyderabad haben nach Meldungen aus Karachi 100 Studenten aus Rache gegen die Vorgänge in Indisch-Kaschmir zwei Hindu-Tempel zerstört und einen dritten beschädigt.

Die indische Regierung reagierte auf die pakistanische Kritik mit dem Vorwurf, daß Pakistan in die Besetzungsaktion der kaschmirischen Moschee verwickelt sei und den Konflikt gezielt fördere. Ein Sprecher des indischen Außenministeriums behauptete, über entsprechende Geheimdienstinformationen zu verfügen. Außerdem wurden am 19. Oktober drei Angehörige der pakistanischen Botschaft in Delhi und der pakistanische Vizekonsul in Bombay angewiesen, Indien innerhalb von zwei Wochen zu verlassen.

Für eine gewisse Entspannung in dem eskalierenden diplomatischen Konflikt sorgte eine Begegnung zwischen Bhutto und ihrem indischen Amtskollegen Narashima Rao am Rande eines Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Staaten am 21. und 22. Oktober in Zypern: Indische Nachrichtenagenturen meldeten anschließend, daß bei dieser Gelegenheit Gespräche zur Reduzierung der Spannungen zwischen beiden Ländern vereinbart worden seien, die im Januar beginnen sollen. Bhutto beantwortete Fragen nach dem Stand der pakistanisch-indischen Beziehungen lediglich mit dem Hinweis, daß das erste Glückwunschschreiben zu ihrem Amtsantritt von Rao gekommen sei. Nach diesen versöhnlichen Tönen aus beiden Lagern veröffentlichten die Regierungen in Islamabad und in Delhi am 24. November eine gemeinsame Erklärung, die für den 1. bis 3. Januar dreitägige Verhandlungen der beiden Außenminister in der pakistanischen Hauptstadt an-

kündigt. Während sich die indische Regierung über die Erfolgsaussichten der Gespräche skeptisch äußerte, wertete das pakistanische Außenministerium die Wiederaufnahme der vor eineinhalb Jahren abgebrochenen Dialogs mit Indien zur Beilegung des Kaschmirkonflikts als Durchbruch, der die Kluft zwischen beiden Ländern überbrücken werde (zur Moschee Belagerung siehe auch Indienteil dieser Ausgabe).

Kaschmirischer Separatistenführer in Belgien verhaftet

Amanullah Khan, der im pakistanischen Exil lebende Chef der 'Jammu and Kashmir Liberation Front' (JKLF), ist am 18. Oktober in Brüssel verhaftet worden. Die belgische Justiz begründete die Festnahme des prominenten Anführers der bedeutendsten kaschmirischen Widerstandsorganisation mit mehreren aus Indien bei Interpol vorliegenden Haftbefehlen wegen Mordverdachts und terroristischer Anschläge. Amanullah Khan war aus Pakistan auf Einladung britischer Labour-Abgeordneter eingereist, um an einer Veranstaltung des Europaparlamentes über die Selbstbestimmung Kaschmirs teilzunehmen und besaß ein gültiges Visum der belgischen Botschaft in Islamabad. Während EG-Parlamentarier und Menschenrechtsorganisationen die sofortige Freilassung des Politikers verlangten, stellte Indien an die belgische Regierung einen Auslieferungsantrag. Der belgische Botschafter in Pakistan, Ernest Staes, wurde unterdessen vom Außenministerium zurückgerufen, da er, so ein Sprecher, einen schweren Fehler begangen habe: Khans Name stand auf einer botschaftsinternen Liste von Personen, die kein Visum erhalten sollen. Aus Protest gegen die Verhaftung des JKLF-Führers in Brüssel demonstrierten am 26. Oktober mehrere hundert Bürger aus Kaschmir vor der belgischen Botschaft in Islamabad, und versuchten das Gebäude gewaltsam zu stürmen. Die pakistanische Polizei verhinderte dies unter Einsatz von Schlagstöcken und Tränengas. Nach Augenzeugenberichten steckte die aufgebrachte Menschenmenge ein Polizeifahrzeug in Brand und zerstörte einige Busse und Privatwagen.

Öffentliche Auspeitschung

Ein Mann, der vor 18 Monaten

wegen Besitz von 45 Gramm Heroin zu zehn Peitschenhieben, einer zweijährigen Haftstrafe und einer Geldstrafe in Höhe von 2.000 Rupien (etwa 110 DM) verurteilt worden war, ist am 21. Oktober in Bannu/N.W.F.P vor Tausenden von Schaulustigen öffentlich ausgepeitscht worden. Die Züchtigung fand im örtlichen Hockeystadion statt.

Pakistan stockt UN-Kontingent für Somalia auf

Ein Armee-Sprecher kündigte am 25. Oktober in Islamabad an, daß Pakistan im November weitere 1.500 UN-Soldaten nach Somalia entsenden werde, um die dort bereits stationierten 4.600 pakistanischen Soldaten zu verstärken. Die Verstärkung soll nach Angaben des Sprechers bei der Beseitigung "gewisser Schwierigkeiten" helfen, mit denen sich das pakistanische UN-Kontingent in Mogadischu konfrontiert sehe. Pakistan wolle mit der Entsendung weiterer Tuppen im eigenen Interesse zu einer Stabilisierung der Lage in der somalischen Hauptstadt beitragen. Allein im Juni waren bei einem Zwischenfall 24 pakistanische Blauhelme getötet worden. Der Militär-Sprecher dementierte zugleich einen Bericht der englischsprachigen Tageszeitung 'The Nation', in dem es hieß, daß Pakistan eine ganze Division von 20.000 Mann nach Somalia zu schicken beabsichtige, die die im April kommenden Jahres abrückenden US-Einheiten ersetzen sollen.

15 Tote bei Stammesfehde

Im Verlauf einer Blutfehde zwischen zwei verfeindeten Paschtunenstämmen im "tribal area" von Mohmand unweit der Stadt Peshawar sind mindestens 15 Menschen ums Leben gekommen. Dies meldete am 26. November die englischsprachige Tageszeitung 'The Muslim'. Außerdem sollen bei der mit schweren Waffen geführten Auseinandersetzung Hunderte von Rindern und Schafen getötet worden sein. In den autonomen Stammesgebieten entlang der Grenze zu Afghanistan gilt die pakistanische Rechtsprechung zugunsten der überlieferten tribalen Rechtstradition nur sehr eingeschränkt.

Mehr als eine Tonne Heroin beschlagnahmt

Nach einem Feuergefecht mit den

beiden Fahrern eines Kleinlastwagens konnte die pakistanische Polizei Anfang November die spektakuläre Menge von 1.399 Kilogramm Heroin sicherstellen. Wie die Behörden mitteilten, waren die Polizeibeamten den Schmugglern nach einem Hinweis auf die Spur gekommen, denen sie daraufhin auf einer entlegenen Gebirgsstraße nahe der pakistanisch-afghanischen Grenze 120 Kilometer südwestlich von Peshawar aufgelaert hatten. Die beiden Insassen in dem Schmugglerfahrzeug hätten sofort das Feuer eröffnet und seien zu Fuß in dem unwegsamen Gelände entkommen. Nach Angaben der Polizei handelt es sich um die größte je in dieser Gegend beschlagnahmte Heroinladung.

Murtaza Bhutto verhaftet

Der jüngere Bruder von Premierministerin Benazir Bhutto, Murtaza Bhutto, ist am 4. November bei seiner Ankunft in Karachi festgenommen worden. Der 39jährige hatte nach dem Wahlsieg seiner Schwester entschieden, nach 16jährigem Exil in Syrien nach Pakistan zurückzukehren, zumal er bei den Provinzwahlen am 9. Oktober in Abwesenheit in das Landesparlament des Sindh gewählt worden war. Murtaza Bhutto gilt als Führer der inzwischen inaktiven Terrorgruppe AZO ('Al-Zulfikar-Organization'), die in den Jahren der Militärdiktatur unter Zia-ul Haq mit ihren Anschlägen den Tod des ehemaligen Ministerpräsidenten Zulfikar Ali Bhutto rächen wollte. So wird dem Verhafteten unter anderem vorgeworfen, 1982 eine spektakuläre Flugzeugentführung nach Kabul organisiert zu haben. Benazir Bhutto, die sich seit vielen Jahren vehement gegen den Vorwurf ihrer politischen Gegner wehrt, mit ihrem Bruder und der AZO - angeblich ein militanter Flügel der PPP - zusammenzuarbeiten, kündigte unterdessen an, daß die geltenden Gesetze auch auf Murtaza Bhutto angewandt würden. Sprecher der Opposition bezeichneten dagegen die Wahl des mutmaßlichen Ex-Terroristen in die sindhische Abgeordnetenversammlung als Skandal und prophezeiten den baldigen Freispruch des Bhutto-Sprößlings.

Streit mit USA um Atomwaffen

Die für Südasien zuständige stellvertretende US-Außenministerin

Robin Raphel hielt sich vom 7. bis 9. November in Pakistan auf, um mit Benazir Bhutto und weiteren Mitgliedern der neuen Regierung Fragen der umstrittenen pakistanischen Atomwaffenproduktion zu erörtern. Die USA werfen Pakistan, das den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat, die Entwicklung von Nuklearwaffen vor. Die Amerikaner hatten deshalb vor drei Jahren ihre Wirtschafts- und Militärhilfe eingestellt. Bhutto betonte in ihren ersten offiziellen Erklärungen wiederholt den Willen ihrer Regierung, die Belastungen in den Beziehungen zu den USA zu beseitigen, und bekannte sich zum Prinzip der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen. Gleichzeitig ließ die Regierungschefin in Anspielung auf eine nukleare Aufrüstung Indiens keinen Zweifel daran aufkommen, daß Pakistan sein "friedliches Nuklearprogramm" nicht kürzen werde. Sie erklärte sich allerdings bereit, bei jedem Vorschlag, der in Südasien die Errichtung eines "gerechten, nichtdiskriminierenden Systems der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen" anstrebe, zusammenzuarbeiten. Überraschend gab am 25. November ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums bekannt, daß die US-Regierung ihre Sanktionen gegen Pakistan aufheben werde. Eine Fortsetzung der Sanktionen gegen Islamabad bringe die Bemühungen der USA im Zusammenhang mit dem Atomwaffensperrvertrag nicht voran, hieß es in der Begründung. Außerdem könne das Ausbleiben von US-Militärhilfen an Pakistan Indien einen strategischen Vorsprung verschaffen und die Region destabilisieren. Damit vollzieht die Clinton-Administration in ihrer bisher eher pro-indischen Südasienpolitik eine bemerkenswerte Kursänderung, die die pakistanische Position in den anstehenden indisch-pakistanischen Gipfelgesprächen zur Entschärfung des Kaschmirkonfliktes stärken dürfte. Während die pakistanische Presse die Entscheidung der US-Regierung als diplomatischen Sieg der pakistanischen Politik feierte, reagierten indische Leitartikel mit wütenden Kommentaren.

Pakistan verhandelt mit Frankreich über Kernkraftwerk

Die pakistanische Regierung verhandelt nach eigenen Angaben mit der französischen Regierung erneut über den Bau eines Atomkraft-

werks. Bereits 1990 hatten Unterhändler beider Länder eine vorläufige Vereinbarung über das millionenschwere Projekt erzielt, das allerdings nach dem Sturz Bhuttos aufgrund amerikanischer Proteste nicht realisiert wurde. Wie Benazir Bhutto am 25. November vor der Presse erläuterte, sei ihr Land zur Überwindung bestehender Versorgungsengpässe auf die Kernenergie angewiesen. Bisher gibt es in Pakistan einen Atomreaktor am Rande der Hafenstadt Karachi. Außerdem verfügt das Land in der Nähe der Hauptstadt Islamabad über ein Kernforschungszentrum, in der eine Urananreicherungsanlage vermutet wird.

Private Rundfunkstationen

Die pakistanische Regierung will künftig private Radiosender zulassen. Nach Zeitungsberichten vom 29. November wurde das Informations- und Rundfunkministerium damit beauftragt, entsprechende Richtlinien für private Sendeanstalten auszuarbeiten. Während der ersten Amtszeit von Benazir Bhutto gab es sogar Ansätze, ein privates Fernsehnetz aufzubauen, das jedoch der strengeren Medienpolitik der Sharif-Regierung zum Opfer fiel.

Pilotprojekt "Polizeiwachen für Frauen"

Auf Anweisung der Regierung in Islamabad werden in vier Städten der Provinz Punjab versuchsweise Polizeiwachen mit ausschließlich weiblichem Personal eingerichtet. Damit reagiert die neue Administration auf das seit längerem von Frauen- und Menschenrechtsorganisationen angeprangerte Problem, daß es in Pakistan immer wieder vorkommt, daß Frauen auf Polizeiwachen von männlichen Polizisten belästigt und vergewaltigt werden.

Familienplanungsprogramm

Für ein Familienplanungsprogramm stellt die Asiatische Entwicklungsbank 25 Millionen Dollar zur Verfügung. Das mit 3,1 Prozent pro Jahr hohe Bevölkerungswachstum soll bis 1998 auf 2,6 Prozent gesenkt werden, da sich sonst die Einwohnerzahl Pakistans in 20 Jahren auf 240 Millionen verdoppeln würde.